

Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V.



Häusliche Gewalt gegen Frauen: Sanktionslose Straftaten?!

Dokumentation

**Veranstaltung der Überparteilichen Fraueninitiative
in Kooperation mit dem Berliner Abgeordnetenhaus**

**Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen
25. November 2024**

<https://www.berlin-stadtderfrauen.de/>

Dokumentation der Veranstaltung: Helga Hentschel und Eva-Maria Nicolai



Häusliche Gewalt gegen Frauen: Sanktionslose Straftaten?!

Unsere nunmehr dritte Veranstaltung in Kooperation mit dem Abgeordnetenhaus von Berlin zum *Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen* widmete sich dem Thema, warum die strafrechtliche Verfolgung der Täter von häuslicher Gewalt so schwierig ist, es nur selten zu Verurteilungen kommt und die Handlungen somit für die meisten Täter rechtlich folgenlos bleiben. Dies befestigt die immer noch weit verbreitete Vorstellung, dass es sich dabei um geringfügige Vergehen handelt, die in den Bereich des „Privaten“ fallen.

Die Zahlen sprechen für sich: 2023 gab es in Berlin 19.433 Anzeigen, die dem Komplex der häuslichen Gewalt zugeordnet werden. Das ist eine Steigerung von 34 % gegenüber 2017. Diesen Anzeigen standen im gleichen Jahr 1.449 Anklageerhebungen gegenüber, das sind 7,5 %. Verurteilungen zu Freiheitsstrafen gab es 38, das sind 0,2 % bezogen auf die Anzeigen. Verurteilungen zu Geldstrafen gab es 724, das betraf 3,7 % der Fälle.

In einem Rechtsstaat ist es nicht hinnehmbar, dass eine erhebliche Zahl von Gewalttätern für ihre Taten faktisch nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Wir wollten diskutieren, was konkret geschehen muss, um dem in Berlin entgegenzuwirken. Dazu haben wir zwei Expertinnen eingeladen: Frau Christina Clemm, Anwältin für Familienrecht und Buchautorin, und Frau Margarete Koppers, Generalstaatsanwältin von Berlin.

Grußwort der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin, Frau Cornelia Seibeld



Frau Seibeld betonte in ihrer Begrüßung, wie wichtig es sei, dass Frauen ihr Schweigen brechen. Dies müsse allerdings begleitet werden von aktiver Unterstützung durch Politik und Gesellschaft. Dazu sei neben einem unterstützenden Umfeld unbedingt ein leichter Zugang zu Hilfsmöglichkeiten erforderlich. Frauen müssten erfahren, dass sie mit ihren Problemen nicht allein sind und die notwendige Unterstützung tatsächlich erhalten.

Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen habe einen strukturellen Charakter. Sie sei ein entscheidender sozialer Mechanismus, durch den Frauen in eine untergeordnete Position gegenüber Männern gezwungen werden. Für die Beseitigung jeglicher Form der Diskriminierung von Frauen müssten die Rechte von Frauen auf allen Ebenen gestärkt werden.

siehe Anlage: <https://www.berlin-stadtderfrauen.de/wp-content/uploads/2025/01/Rede-Frau-Praesidentin-Seibeld-1.pdf>

Grußwort für den Vorstand der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V., Eva-Maria Nicolai



Im Namen des Vorstandes der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V. begrüßte Frau Nicolai die Anwesenden und richtete einen besonderen Dank an die Präsidentin des Abgeordnetenhauses für die großartige Kooperation und Unterstützung bei der Vorbereitung dieser Veranstaltung.

Sie stellte die diesjährige Veranstaltung in den Kontext der Veranstaltungen des Jahres 2022 „Die Macht der Sprache im Leben von Mädchen und Frauen“ und des Jahres 2023 „Der Rechtspopulismus und die Krise der Männlichkeit“. Das Thema der heutigen Veranstaltung solle betonen, dass die Verlässlichkeit einer Demokratie auch daran gemessen würde, wie (Frauen)rechte durchgesetzt werden und welche Unterstützung betroffene Frauen konkret seitens der Polizei und der Gerichte erfahren.

siehe Anlage: https://www.berlin-stadtderfrauen.de/wp-content/uploads/2025/01/Begruessung_25.11.2024-final_Eva-Maria-Nicolai.pdf

**Einführung „Die zentrale Rolle d. Strafverfolgung im Kampf gegen häusliche Gewalt“,
Helga Hentschel, Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V.**



In ihrer Einführung benannte Frau Hentschel als Ziel der Veranstaltung die Sammlung konkreter Vorschläge und Maßnahmen, um eine angemessenere Strafverfolgung von Tätern in Berlin zu erreichen. Dazu bedürfe es dringend eines Perspektivwechsels, der auf Grundlage eines besseren Verständnisses der Dynamiken von Gewaltbeziehungen und der patriarchalen Machtstrukturen in unserer Gesellschaft den Blick auf die Verantwortung der Täter richtet.

s. Anlage: <https://www.berlin-stadtderfrauen.de/wp-content/uploads/2025/01/Einfuehrung-Helga-Hentschel-final.pdf>

**Christina Clemm, Rechtsanwältin für Familienrecht und Strafrecht sowie Buchautorin
„Gerechtigkeit? Was wäre aus der Betroffenenperspektive erforderlich, um die Verfahren nach erlittener häuslicher Gewalt sinnvoll zu gestalten?“**



Frau Clemm stellte vor dem Hintergrund ihrer langjährigen Erfahrung als Anwältin gewaltbetroffener Frauen die Frage, ob Strafverfahren in einem patriarchal geprägten System überhaupt zielführend seien. Sie konstatierte in Berlin erhebliche Mängel in der polizeilichen und gerichtlichen Praxis im Umgang mit Opfern häuslicher Gewalt. Es fehle an Wissen, an Personal und an Zeit. Betroffene Frauen würden in Verfahren außerordentlich belastet, wohingegen diese für die Täter nahezu immer ohne Konsequenzen blieben. Sie unterbreitete eine Vielzahl von konkreten Vorschlägen, deren Umsetzung das Vertrauen von betroffenen Frauen in die Polizei- und Justizarbeit erhöhen könnte.

Die Rede von Frau Clemm liegt uns leider noch nicht vor.

Margarete Koppers, Generalstaatsanwältin von Berlin

„Herausforderungen und Lösungsansätze in der Bearbeitung von Fällen häuslicher Gewalt!“



Anhand eines konkreten Falls der Tötung einer Frau nach einer langen, polizeilich bekannten Vorgeschichte häuslicher Gewalt analysierte Frau Koppers die Umstände, die dem Täter letztlich ermöglichten, sein Vorhaben, die Frau zu töten, zu realisieren. Sie entwickelte eine Vielzahl von Ideen und Anregungen für eine bessere Unterstützung betroffener Frauen bei der Anzeigenerstattung und während der Strafprozesse sowie für die Verbesserung des Schutzes besonders gefährdeter Frauen.

s. Anlage: <https://www.berlin-stadtderfrauen.de/wp-content/uploads/2025/01/Rede-Frau-Generalstaatsanwaeltin-Berlin-Koppers.pdf>

Austausch mit dem Publikum

Die Vizepräsidentin und Sprecherin für Frauenpolitik und Gleichstellung der Fraktion Grüne/Bündnis 90, **Frau Dr.ⁱⁿ Bahar Haghanipour**, weist zu dem wichtigen Thema „Umgangsrecht“ auf eine Anhörung im *Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung* am 28.11.2024 (TOP 3 - *Stand zum Umgangsrecht bei Gewalt*) und auf die anstehende Novellierung auf Bundesebene hin. Ihre Fraktion habe im Abgeordnetenhaus einen Antrag zur verpflichtenden richterlichen Fortbildung und einen zur Durchführung interdisziplinärer Fallkonferenzen gestellt.



Frau Birgit Münchow, AWO Berlin, beklagt die unzureichende Anzahl von Plätzen für Täterarbeit in Berlin und die langen Wartezeiten.

Frau Dr.ⁱⁿ Christine Bergmann, Bundesministerin a.D. und Städtälteste, bringt ihre Erschütterung zum Ausdruck, dass seit der Einrichtung der Runden Tische in der Anti-Gewalt-Arbeit immer noch so viel zu tun sei. Auf Bundesebene seien drei wichtige Gesetzesvorhaben anhängig: Das Gewalthilfegesetz, das UBSKM-Gesetz sowie die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch.

Auf Landesebene handele es sich vor allem um Umsetzungsprobleme, die lange bekannt und endlich angegangen werden müssten. Täter könnten sich leider sicher sein, dass ihnen nichts passieren wird. Es sollten endlich auch Männer gegen Männergewalt aktiv werden.

Frau Höfner arbeitet in der Wohnungsvermittlung für betroffene Frauen. Sie plädiert dafür, dass es nicht nur um Verbesserung bei den Schutzeinrichtungen für Frauen bleiben darf, sondern dass die Wurzeln des Problems bekämpft werden müssten – das sei eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung.

Frau Mechthild Rawert, Mitglied des Bundestages bis 2021 für die SPD und *Vorsitzende des Berliner Frauenbundes 1945 e.V.*, fordert die Anwesenden zur Teilnahme an der Demonstration am Nachmittag auf.



Frau Koppers und Frau Clemm stellen nochmals ihre Positionen zu Spezialeinheiten bei Polizei und Justiz dar.



Eine Anwesende betont, wie wichtig ein sofortiger Schutz für Frauen sei. Frauen und Müttern müsste auf Augenhöhe begegnet werden.
(Der Name war in der Aufzeichnung leider nicht zu verstehen.)



Frau Aldona Niemczyk, fachpolitische Sprecherin für Frauen und Gleichstellung der CDU-Fraktion, berichtet von den Kämpfen um die Kürzungen im Haushalt 2025, die für diesen Bereich weitgehend verhindert werden konnten, und macht auf eine Novellierung des Wohnungsrechts aufmerksam, die nun auch die *Gruppe der Alleinerziehenden* als besonders zu versorgenden Personenkreis ausweisen würde.

Frau Nadja Lehmann arbeitet in einer Hilfeeinrichtung für gewaltbetroffene Frauen. Sie sieht sich häufig mit dem Thema des Umgangs- und Sorgerechts konfrontiert. Dieses müsse mehr ins Zentrum gerückt werden, da die Gefährdung von Frauen, aber auch der Mitarbeiterinnen in Einrichtungen, hier besonders hoch sei.

Frau Fernandez macht auf die besondere Situation von Migrantinnen aufmerksam. Deren Situation sei wegen Sprachbarrieren, Aussehen und dem Zugang zum Rechtssystem nochmals schwieriger.

Frau Ina Friedland von der *Servicestelle Wegweiser* beklagt die geringen Kapazitäten und drohenden Kürzungen im Bereich der Täterarbeit sowie bürokratische Hemmnisse und das häufig fehlende Wissen der Polizei bezüglich des proaktiven Ansatzes.

Frau Mirjam Golm, Sprecherin für Gleichstellung und Frauen für die Fraktion der SPD, ist froh, dass in den Haushaltsberatungen gelungen sei, die Kürzungen im Gleichstellungsbereich moderat zu halten.